Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/11165

23. 06. 98

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

a) zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.
– Drucksache 13/10821 –

Wachstums- und Beschäftigungspolitik für die neuen Länder fortsetzen

b) zu dem Antrag der Abgeordneten Rolf Schwanitz, Anni Brandt-Elsweier, Christel Deichmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/10436 –

Neuorientierung des wirtschaftlichen Aufbaukonzeptes für Ostdeutschland

c) zu dem Antrag der Gruppe der PDS
– Drucksache 13/10290 –

Beschäftigungs- und bildungspolitisches Sofortprogramm für die neuen Bundesländer

A. Problem

a) Konsequente und zielstrebige Fortsetzung der Politik der Bundesregierung für Wachstum und Beschäftigung in den neuen Ländern. Die Koalitionsfraktionen unterstreichen in dem Antrag, daß die neuen Länder auch in den nächsten Jahren auf staatliche Förderung und Unterstützung angewiesen sind und daß nur eine dynamische gesamtdeutsche Wirtschaft den Aufbau Ost vollenden kann. Vorrangiges Ziel ist dabei die Entwicklung einer Wirtschaft, die aus eigener Kraft im Wettbewerb bestehen kann und ausreichende Beschäftigungs- und Einkommenschancen bietet. Dabei seien marktfähige Produkte und Dienstleistungen eine entscheidende Voraussetzung für den mittelfristigen Erfolg eines Unternehmens und damit für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Kommunen und alle anderen Träger öffentlicher Aufgaben werden aufgefordert, die

Spielräume etwa bei der Vergabe von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen rasch und vollständig auszuschöpfen. Die Bundesregierung soll an ihrer „Gemeinsamen Initiative für mehr Arbeitsplätze in Ostdeutschland" trotz des von den Gewerkschaften beschlossenen Ausstiegs festhalten. Die Gewerkschaften werden aufgefordert, schnellstmöglich in die „Gemeinsame Initiative" zurückzukehren.

b) Nach Auffassung der antragstellenden Fraktion der SPD ist die wirtschaftliche Aufholjagd der neuen Länder gegenüber den alten Ländern und anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zum Erliegen gekommen. Nach wie vor könne in Ostdeutschland nicht von einer selbsttragenden wirtschaftlichen Entwicklung oder von einer funktionierenden Marktwirtschaft gesprochen werden. Vor diesem Hintergrund halten die Antragsteller eine Neuorientierung des wirtschaftlichen Aufbaukonzeptes für die neuen Bundesländer für erforderlich. Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, die neuen Bundesländer zum Zentrum der staatlichen Innovationspolitik zu machen, die Eigenmittelausstattung insbesondere von innovativen Unternehmen in Ostdeutschland entscheidend zu verbessern, eine vermögenspolitische Initiative zu starten, einen neuen institutionellen Rahmen für den Aufbau Ost zu schaffen, die Wirtschaftsförderung zu vereinfachen und durch ein Investitionsprogramm eine Wachstumsinitiative Ostdeutschland umzusetzen.

c) Die Gruppe der PDS vertritt in ihrem Antrag die Auffassung, daß brachliegendes Innovations- und Qualifikationspotential, fehlende Ausbildungs- und Bildungschancen für Jugendliche und eine flächendeckende Vernichtung des Kapitalstocks die neuen Länder zu einer wirtschaftlich rückständigen Region in der Europäischen Union gemacht hätten. Die Bundesregierung soll daher aufgefordert werden, noch vor der Bundestagswahl ein Sofortprogramm vorzulegen, mit dem die gegenwärtige Beschäftigungssituation und die Probleme auf dem Bildungssektor bekämpft werden.

B. Lösung

Annahme des Antrages auf Drucksache 13/10821 und Ablehnung der Anträge auf den Drucksachen 13/10436 sowie 13/10290.

Mehrheitsbeschluß im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Keine

E. Sonstige Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

a) den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. – Drucksache 13/10821 – unverändert anzunehmen,

b) den Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/10436 – abzulehnen und

c) den Antrag der Gruppe der PDS – Drucksache 13/10290 – abzulehnen.

Bonn, den 23. Juni 1998

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost	**Christian Müller (Zittau)**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Christian Müller (Zittau)

I.

Die Anträge wurden in der 238. Sitzung des Deutschen Bundestages am 28. Mai 1998 an den Ausschuß für Wirtschaft zur federführenden Beratung überwiesen.

Die Anträge auf den Drucksachen 13/10821 und 13/10436 wurden zur Mitberatung jeweils an den Finanzausschuß, den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung und den Haushaltsausschuß überwiesen. Der Antrag der Gruppe der PDS – Drucksache 13/10290 – wurde zur Mitberatung an den Finanzausschuß, den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuß für Gesundheit, den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II.

Die Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. betonen in ihrem Antrag – Drucksache 13/10821 –, daß die neuen Länder auch in den kommenden Jahren auf staatliche Förderung und Unterstützung angewiesen sein werden. Marktfähige Produkte und Dienstleistungen seien eine entscheidende Voraussetzung für den mittelfristigen Erfolg eines Unternehmens und damit auch für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Kommunen und alle anderen Träger öffentlicher Aufgaben werden aufgefordert, die Spielräume etwa bei der Vergabe von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen rasch und vollständig auszuschöpfen. Die Bundesregierung soll an ihre „Gemeinsame Initiative für Arbeitsplätze in Ostdeutschland" trotz des von den Gewerkschaften beschlossenen Ausstiegs festhalten. Die Gewerkschaften werden aufgefordert, schnellstmöglich in die „Gemeinsame Initiative" zurückzukehren. Die antragstellenden Fraktionen würdigen die Aufarbeitung der jüngsten Geschichte durch die Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der Deutschen Einheit". Sie betonen, daß die wichtigste innenpolitische Aufgabe die Vollendung der inneren Einheit ist.

Die antragstellende Fraktion der SPD verlangt in ihrem Antrag – Drucksache 13/10436 – eine Neuorientierung des wirtschaftlichen Aufbaukonzeptes für Ostdeutschland. Die neuen Länder sollen nach dem Willen der Antragsteller zum Zentrum der staatlichen Innovationspolitik gemacht werden. Die Fördersätze für Projekte der Industrieforschung kleiner und mittlerer Unternehmen sollten durch einen Zuschlag von 10 Prozent auf den Regelsatz zehn Jahre lang deutlich über die Forschungsförderung in Westdeutschland gestellt werden. Ebenso sollten besondere Lohnkostenzuschüsse für neues Forschungspersonal in kleinen und mittleren ostdeutschen Unternehmen eingeführt werden. Vor allem nichtstaatliche Forschungseinrichtungen müssen nach Ansicht der Sozialdemokraten eine Sockelfinanzierung haben, die ihnen nicht nur das Überleben ermöglicht, sondern auch die Chance gibt, sich zunehmend dem Wettbewerb und der Marktauslese zu stellen. Ferner soll die Bundesregierung aufgefordert werden, die Eigenmittelausstattung insbesondere von innovativen Unternehmen in Ostdeutschland entscheidend zu verbessern, eine vermögenspolitische Initiative Ost zu starten, einen neuen institutionellen Rahmen für den Aufbau Ost zu schaffen, die Wirtschaftsförderung zu vereinfachen und durch ein Investitionsprogramm eine Wachstumsinitiative Ostdeutschland umzusetzen.

Die Gruppe der PDS vertritt in ihrem Antrag – Drucksache 13/10290 – die Auffassung, daß brachliegendes Innovations- und Qualifikationspotential, fehlende Ausbildungs- und Bildungschancen für Jugendliche und eine flächendeckende Vernichtung des Kapitalstocks die neuen Länder zu einer wirtschaftlich rückständigen Region in der Europäischen Union gemacht hätten. Die Bundesregierung soll daher aufgefordert werden, noch vor der Bundestagswahl ein Sofortprogramm vorzulegen, mit dem die gegenwärtige Beschäftigungssituation und die Probleme auf dem Bildungssektor bekämpft werden. Die Antragsteller legen in einem umfangreichen Maßnahmenkatalog dar, wie das Ziel, den weiteren Abbau von Arbeitsplätzen in Ostdeutschland zu stoppen, mindestens 100 000 neue Stellen zu schaffen und allen Anwärtern auf eine Lehrausbildung einen Ausbildungsplatz zu sichern, erreicht werden soll.

III.

Der **Finanzausschuß** hat in seiner 111. Sitzung am 23. Juni 1998 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Annahme des Antrages – **Drucksache 13/10821** – zu empfehlen.

Der **Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung** hat in seiner 133. Sitzung am 17. Juni 1998 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS beschlossen, die Annahme des Antrages – **Drucksache 13/10821** – zu empfehlen.

Der **Haushaltsausschuß** hat in seiner Sitzung am 17. Juni 1998 mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen SPD

und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS beschlossen, die Annahme des Antrages – **Drucksache 13/10821** – zu empfehlen.

Der **Finanzausschuß** hat in seiner 111. Sitzung am 23. Juni 1998 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. sowie der Gruppe der PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrages – **Drucksache 13/10436** – zu empfehlen.

Der **Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung** hat in seiner 133. Sitzung am 17. Juni 1998 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. sowie der Gruppe der PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD und bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrages – **Drucksache 13/10436** – zu empfehlen.

Der **Haushaltsausschuß** hat in seiner Sitzung am 17. Juni 1998 mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. sowie der Gruppe der PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD und bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrages – **Drucksache 13/10436** – zu empfehlen.

Der **Finanzausschuß** hat in seiner 111. Sitzung am 23. Juni 1998 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Gruppe der PDS bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrages – **Drucksache 13/10290** – zu empfehlen.

Der **Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten** hat in seiner 99. Sitzung am 17. Juni 1998 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages – **Drucksache 13/10290** – zu empfehlen.

Der **Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung** hat in seiner 133. Sitzung am 17. Juni 1998 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages – **Drucksache 13/10290** – zu empfehlen.

Der **Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner Sitzung am 23. Juni 1998 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages – **Drucksache 13/10290** – zu empfehlen.

Der **Ausschuß für Gesundheit** hat auf die Abgabe einer Stellungnahme verzichtet.

Der **Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner Sitzung am 17. Juni 1998 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Gruppe der PDS sowie bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrages – **Drucksache 13/10290** – zu empfehlen.

Der **Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner Sitzung am 18. Juni 1998 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages – **Drucksache 13/10290** – zu empfehlen.

IV.

Der **Ausschuß für Wirtschaft** hat die Anträge in seiner 89. Sitzung am 23. Juni 1998 abschließend beraten.

Der Ausschuß für Wirtschaft beschloß mehrheitlich mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD sowie der Gruppe der PDS bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Annahme des Antrages – Drucksache 13/10821 – zu empfehlen.

Der Ausschuß für Wirtschaft beschloß mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages – Drucksache 13/10436 – zu empfehlen.

Der Beschluß wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. und der Gruppe der PDS gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD sowie bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefaßt.

Der Ausschuß für Wirtschaft beschloß mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages – Drucksache 13/10290 – zu empfehlen. Der Beschluß wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Gruppe der PDS sowie bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefaßt.

Bonn, den 23. Juni 1998

Christian Müller (Zittau)

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333